

Niederschrift

über die 22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Montag, den 21.10.2019 im Christian-Wirth-Saal auf dem Schlossgarten-Campus

Sitzungsbeginn: 19:31 Uhr

Sitzungsende: 21:26 Uhr

An der Sitzung nehmen teil:

A. Von der Stadtverordnetenversammlung

CDU:

Liese, Gerhard - Stadtverordnetenvorsteher
Becker, Rolf
Bertz, Claudia
Drexelius, Matthias
Haase, Andreas
Holzbach, Markus
Jackson, Alexander
Müller, Helmut
Pöhlmann, Klaus
Salguero-Grau, Conchita
Schmidt-Winterstein, Dietmar
Sussmann, Kevin
Zorn, Irene

SPD:

Ebel-Theuerkauf, Leonie
Hahn, Birgit
Harnoth, Reinhold
Lotz, Helga
Maibach, Jürgen
Müller, Bernhard
Ruß, Ortwin
Schütrumpf, Heinz
Walle, Walter

FWG:

Brötz, Joachim
Müller, Brunhilde
Peretzki, Peter
Saltenberger, Joachim

B 90/Grüne:

Enslin, Ellen
Maas, Rüdiger
Sielemann, Manfred
Weinreich, Susanne

FDP:

Brähler, Gerhard
Brähler, Veronika

B. Vom Magistrat

Wernard, Steffen
Fritz, Dieter
Böhringer, Heino
Fritz, Reiner
Hahn, Michael
Hahn, Raymond
Jack, Werner
Lichtenthäler, Erwin
Roth-Peters, Maria
Seidenstücker, Gerd

C. Vom Ausländerbeirat

Mescheder, Kibar
Wagner, Katherine

D. Vom Seniorenbeirat

Huschka, Monika
Schäper, Charlotte

E. Entschuldigt fehlten

Herber, Hellwig
Müller, Sebastian
Kuhlbrodt, Hans

G. Von der Verwaltung

Schach, Beate

H. Gäste

6 Bürgerinnen und Bürger
3 Pressevertreter

Keth, Ulrich

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Liese eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Stadtverordnetenvorsteher Liese begrüßt besonders Herrn Stadtverordneten Rüdiger Maas als Nachrücker für Herrn Scheidler.

Entschuldigt haben sich die Stadtverordneten Sebastian Müller, Hellwig Herber und Herr Kuhlbrodt.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss

Stadtverordnetenvorsteher Liese fragt an, ob es zu diesem Tagesordnungspunkt Wortmeldungen gibt. Stadtverordneter Keth beantragt den Tagesordnungspunkt 15 auf den öffentlichen Teil der Sitzung zu verlegen, da ein hohes öffentliches Interesse besteht.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Herr Stadtverordnetenvorsteher Liese zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen (FDP)

23 Gegenstimmen (CDU, FWG und GRÜNE); 8 Enthaltungen (7 SPD und 1 GRÜNE)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Liese lässt über die Tagesordnung als Gesamtes abstimmen und bittet darum, die Punkte ohne Absprache à Block abstimmen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig; 3 Enthaltungen (FDP)

3. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 17.09.19

Es gibt keine Änderungswünsche und Einwendungen.

Das Protokoll der Sitzung vom 17.09.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 3 Enthaltungen (2 x SPD, 1 GRÜNEN)

4. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Liese teilt mit, dass der parlamentarische Abend in diesem Jahr in der Eschbacher Katz in Eschbach stattfinden wird. Im nächsten Jahr dann wieder im Lava.

5. Mitteilungen des Magistrats

Bürgermeister Wernard teilt mit, dass

- der Weihnachtsbaum für die Stadt gefunden wurde.
- ein offener Brief an die Abgeordneten des Hessischen Landtags zum Thema „Neuregelung der Sonntagsöffnung“ versandt wurde. An dieser Aktion beteiligten sich neben Herrn Bürgermeister Wernard insgesamt 100 Bürgermeister. Das Schreiben wird dem Protokoll beigefügt.
- in einer Kreditangelegenheit ein Betrag in Höhe von 71.000 € eingespart werden konnte. Ein Dank geht an die Mitarbeiter, ganz besonders an Herrn Herr von der Kasse,
- in der letzten Stavo beschlossen wurde, uns für das Mittelzentrum Usingen einzusetzen. Dieser Beschluss wurde ein paar Tage später an den Verkehrsminister gesandt, woraufhin am 17.10.19 mitgeteilt wurde, dass wir bald eine Rückantwort erhalten.
- im Bauhof zwei Praktikanten von den Oberurseler Werkstätten probeweise seit September beschäftigt sind, vorerst mit einem Jahresvertrag. Die Stadt zahlt hierfür 650 € im Monat an die Oberurseler Werkstatt, die beiden Herren bleiben auch weiterhin bei den Oberurseler Werkstätten angestellt.
- das Projekt „Wir sind Usingen“ bis heute 29 Teilnehmer, davon 22 männlich, 7 weiblich hatte. Bislang konnten 8 Teilnehmer nach absolviertem Praktikum vermittelt werden.
- die Kosten, die in Verbindung mit dem Transport der Windkrafträder entstehen, durch den Betreiber getragen werden. Die ersten Transporte der Rotorblätter werden in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober 2019 ab dem Rastplatz Wetterau bis nach Heinzenberg fahren. Die zweite Fahrt von Heinzenberg bis zum Windpark ist ab dem 26. Oktober 2019 geplant.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Liese fragt nochmals bei der SPD-Fraktion an, ob Herr Kuhlbrodt später kommt, da uns aufgefallen ist, dass dieser nicht anwesend ist. Der SPD-Fraktion ist nichts bekannt.

6. Fragestunde

6.1 Schriftliche Fragen

Schriftliche Fragen liegen nicht vor.

6.2 Mündliche Fragen

Stadtverordnete Hahn möchte wissen, wie viele Kinder mit Rechtsanspruch zurzeit keinen Kita-Platz (und auch absehbar in 2020) haben und wie die Verwaltung damit umgeht?

Weiter stellt sie fest, dass in Wehrheim Anträge auf einen Kitaplatz bereits angenommen werden, wenn man dort baut. In Usingen sei dies nicht möglich. Dies könne bedeuten, dass Familien kei-

nen Kitaplatz erhalten.

Bürgermeister Wernard erklärt zu der ersten Frage, dass dies geprüft wird. Im Nachgang zur Sitzung kann mitgeteilt werden, dass nach Auskunft vom Fachamt bis zu 100 Kinder bis Sommer kommenden Jahres nicht bedient werden können. Sobald die Kindertagesstätte von WABE e.V. fertig gestellt ist, werden alle Kinder einen Platz erhalten. Tagespflegeplätze sind nur vereinzelt frei.

Zu dem zweiten Hinweis stellt er fest, dass nach dem Satzungsrecht ortsfremde Kinder nicht angenommen werden. In dem als Beispiel von Frau Hahn genannten Fall, war dies zum Zeitpunkt der Anmeldung der Fall. Die Familie habe mittlerweile eine Tagesmutter, wo sie das Kind unterbringen kann. Die Familie wartet dann auf den neuen Kindergarten im Gewerbegebiet, wir warten täglich auf die Baugenehmigung.

Stadtverordneter Harnoth bittet um den aktuellen Sachstand zum Nachmittagspakt der ALS und bezieht sich auf einen diesbezüglichen Artikel in der Taunuszeitung.

Bürgermeister Wernard teilt mit, dass es zeitnah einen Terminvorschlag geben werde, wo die Planung der ALS mit Halle den Stadtverordneten, dem Ortsbeirat und dem Magistrat vorgestellt wird. Zu den Pakt für den Nachmittag verweist er auf das Protokoll des SJK vom 28.08.2019.

7. Berichterstattung der Ausschussvorsitzenden

Keine Wortmeldungen.

A. Punkte mit Aussprache

8. Einbringung des Doppelhaushalts 2020/2021

Bürgermeister Wernard teilt mit, dass man sich für einen Doppelhaushalt 2020/2021 entschieden hat. Diesen Haushaltsentwurf erläutert er anhand einer Präsentation.

Stadtverordnetenvorsteher Liese bedankt sich für die sehr gute Präsentation. Es wird dann in der Dezembersitzung über diesen Haushaltsentwurf entschieden.

9. Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN- Fraktion vom 07.10.2019 "Fahrradabstellplätze am Usinger Bahnhof"

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Enslin erläutert ihren Antrag und bittet um Ergänzung des Textes wie folgt: „Fahrradabstellplätze am Usinger Bahnhof“.

In weiteren Wortbeiträgen der Fraktion FWG und CDU wird der Antrag grundsätzlich unterstützt, wobei Herr Saltenberger für die FWG-Fraktion darum bittet, dass der Antrag zunächst im zuständigen Ausschuss behandelt wird.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Enslin erklärt sich damit einverstanden, bittet aber um eine zügige Bearbeitung

CDU-Fraktionsvorsitzender Jackson schlägt vor, im Antrag einen Satz hinzuzufügen, nach dem der Magistrat aktiv auf den VHT zugeht und über das Ergebnis der Gespräche im Ausschuss berichtet.

Stadtverordnetenvorsteher Liese lässt über den Antrag unter Berücksichtigung des Vorschlags von CDU-Fraktionsvorsitzenden Jackson abstimmen.

Beschluss-Nr. XI/110-2019

Der Antrag wird an den zuständigen Ausschuss verwiesen und der Magistrat wird beauftragt, sich beim Verkehrsverband Hochtaunus dafür einzusetzen, dass die Fahrradabstellplätze am Usinger Bahnhof verbessert und überdacht werden.

Der Magistrat soll aktiv auf den VHT zugehen und über das Ergebnis dieses Antrags im Ausschuss berichten.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 0 Enthaltungen

10. Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 07.10.2019 "Bürgerschaftsrichtlinie Usingen"

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Enslin erläutert ihren Antrag.

CDU-Fraktionsvorsitzender Jackson schlägt vor, den Antrag an den HFA zu verweisen, um dort Richtlinien zu erarbeiten.

In weiteren Wortbeiträgen der Fraktionen FDP, SPD und FWG wird dem Redebeitrag von CDU-Fraktionsvorsitzenden Jackson zugestimmt, den Antrag an den HFA zu verweisen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Enslin ist ebenfalls damit einverstanden, den Antrag an den HFA zu verweisen.

Beschluss-Nr. XI/111-2019

Es wird beschlossen, den Antrag bezüglich der Erarbeitung einer Bürgerschaftsrichtlinie an den HFA zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. Bauleitplanung der Stadt Usingen

Planbereich "Prinzenpalais, Obergasse 23"(ehemaliges Landratsamt) Stadtteil Usingen

I. Aufhebungsbeschluss für den Bebauungsplan „Sanierungsgebiet – S 3, 1. Änderung“ Stadtteil Usingen

II. Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans

III. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Prinzenpalais, Obergasse 23“ Stadtteil Usingen

IV. städtebauliches Planungskonzept und Verfahrensdurchführung

Stadtverordnete Bertz teilt mit, dass die CDU-Fraktion mit der Bauleitplanung der Stadt Usingen sehr zufrieden ist und der Vorlage zustimmen wird.

FDP-Fraktionsvorsitzender Brähler bedauert es, dass das Gebäude nicht in städtischer Hand bleibt, die FDP-Fraktion werde aber dennoch dem Beschlussantrag zustimmen.

Beschluss-Nr. XI/102-2019

Es wird beschlossen:

I. Die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 07.12.2015 (Beschl-Nr.: X/127-2015) für die 1. Änderung des Bebauungsplans „Sanierungsgebiet – S 3“ Stadtteil Usingen, in dem Geltungsbereich wie in der Anlage 1 beiliegend, wird beschlossen.

II. Dem Antrag der Investoren Dr. Eberhard Theobald und Jürgen Schmitt, c/o Dipl.-Ing. Jürgen Schmitt Baukonzept GmbH, Hirschgraben 4, 63303 Dreieich, zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird zugestimmt.

Sämtliche Kosten des Verfahrens für die Aufstellung der vorhabenbezogenen Bebauungsplanung sind von dem Vorhabenträger zu tragen.

Es ist vertraglich sicher zu stellen, dass das Prinzenpalais innerhalb eines zu bestimmenden Zeitraums für eine Nutzungsaufnahme saniert wird.

III. Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB, für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Prinzenpalais, Obergasse 23“ Stadtteil Usingen gem. § 12 BauGB, wird in dem Geltungsbereich wie er in der Anlage 3 zur Beschlussvorlage beiliegend dargestellt ist gefasst.

Ziel des Planverfahrens ist, die geordnete städtebauliche Entwicklung für eine Neubebauung mit der Wohnbebauung zu ermöglichen sowie die Nutzungsänderung für das historische und denkmalgeschützte Prinzenpalais (ehem. Landratsamt) planungsrechtlich zu sichern. Zur Sicherung der Erschließung des ruhenden Verkehrs wird in den Plangeltungsbereich das städtische Grundstück Flur 8, Flurstück 307/80 einbezogen. Der Verkauf des städtischen Grundstücks wird im abzuschließenden Städtebaulichen Vertrag abgeschlossen.

IV. Das Entwicklungs- und Baukonzept der Investoren Dr. Eberhard Theobald und Jürgen Schmitt, c/o Dipl.-Ing. Jürgen Schmitt Baukonzept GmbH, Hirschgraben 4, 63303 Dreieich, mit der Architekturplanung von dem Architekturbüro Ferdinand Heide, Frankfurt am Main, wie in der Anlage 4 a-k zur Beschlussvorlage beiliegend, wird die Grundlage zur Erstellung des Vorhaben- und Erschließungsplans (VEP) als Bestandteil zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig, 0 Enthaltungen

B. Punkte ohne Aussprache

12. Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich des Ordnungsamtes; Integration der Gemeinde Grävenwiesbach in den bestehenden Ordnungsbehördenbezirk Neu-Anspach/ Usingen

Beschluss-Nr. XI/79-2019

Die als Anlage 1 und 2 beigefügten Vereinbarungen über die Teilnahme der Gemeinde Grävenwiesbach am gemeinsamen örtlichen Ordnungsbehördenbezirk Neu-Anspach/ Usingen gemäß § 85 Absatz 2 HSOG und eines gemeinsamen örtlichen Ordnungsbehördenbezirks gemäß § 82 Absatz 1 Satz 2 HSOG werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig: 0 Enthaltungen

13. Interkommunale Zusammenarbeit bei der Unterhaltung des Wasserversorgungsnetzes;

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Städten Usingen und Neu-Anspach

Beschluss-Nr. XI/84-2019

Es wird beschlossen, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Unterhaltung des Wasserversorgungsnetzes zwischen den Städten Usingen und Neu-Anspach abzuschließen. Der Vertrag orientiert sich an dem beigefügten Muster und wird derzeit zwischen den beiden Vertragsparteien erarbeitet. Der Magistrat wird ermächtigt den Vertrag final zu beschließen, soweit er bis zum Abschluss der Beratungen in der Stadtverordnetenversammlung noch nicht in der endgültigen Fassung vorliegt.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig: 0 Enthaltungen

14. Bericht über den Zeitraum 01.01.2019 bis 31.07.2019 gemäß § 28 Abs. I GemHVO über den Stand des Haushaltsvollzugs

Beschluss-Nr. XI/92-2019

Der Bericht über den Zeitraum 01.01.2019 bis 31.07.2019 gemäß § 28 Abs. I GemHVO über den Stand des Haushaltsvollzugs wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig: 0 Enthaltungen

Stadtverordnetenvorsteher Liese schließt nun den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:52 Uhr und ruft Punkt 15 auf. Alle die sich befangen fühlen, verlassen nun den Raum.

15. Stellung einer Bankbürgschaft für die Usinger TSG

Stadtverordnetenvorsteher Liese stellt die Öffentlichkeit um 21:26 Uhr wieder her und schließt die Sitzung.

Usingen, 22.10.2019

Gerhard Liese
Stadtverordnetenvorsteher

Beate Schach
Schriftführerin

Alexander Jackson
CDU-Fraktion

Bernhard Müller
SPD-Fraktion

Ellen Enslin
Bündnis 90/Die Grünen

Brunhilde Müller
FWG-Fraktion

Gerhard Brähler
FDP-Fraktion

Offener Brief an die Abgeordneten des Hessischen Landtags

"Für attraktive und lebendige Zentren in Hessen" – Neuregelung der Sonntagsöffnung

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Hessens Innenstädte und Ortskerne stehen seit vielen Jahren unter Druck. Nicht ohne Grund stellt das Land Hessen in zahlreichen Förderprogrammen erhebliche Gelder bereit, um die Attraktivität der Innenstädte und Ortsteilzentren in unterschiedlichen Facetten zu stärken. Neben Aspekten wie der allgemeinen Aufenthaltsqualität oder der Erreichbarkeit der Einkaufsbereiche ist dabei auch die Präsentation des Einzelhandels als zentraler Frequenzbringer der Innenstädte von wesentlicher Bedeutung. Verkaufsoffene Sonntage haben sich hierbei als erfolgreiches Instrument erwiesen.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen Rechtstreitigkeiten um die Genehmigung der verkaufsoffenen Sonntage in den vergangenen Jahren besteht ein politischer Konsens, die Regelungen zur Sonntagsöffnung anzupassen. Leider bietet der aktuell vorliegende Gesetzentwurf weiterhin keine praktikable Regelung für verkaufsoffene Sonntage. Tatsächlich wird die bestehende Regelung im Kern nicht geändert - obwohl sie sich offensichtlich nicht bewährt hat. Sollte der Gesetzesentwurf Praxis werden, dürfte sich die hessische Regelung als bundesweit restriktivste Bestimmung zur Ladenöffnung erweisen. Die vielfach angeführte Rechtssicherheit bestünde letztendlich darin, dass kaum noch verkaufsoffene Sonntage durchgeführt würden. Zugleich würden Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Kommunen festgeschrieben, die zufälligerweise über hinreichend große Veranstaltungen am richtigen Ort verfügen, und solchen, deren gewachsene Kommunal- und Handelsstruktur eine Einhaltung der bislang maßgeblichen Kriterien faktisch unmöglich macht.

Die Unterzeichner wenden sich mit der Erwartung an den Hessischen Landtag, einen echten gesetzgeberischen Neuanfang zur Regelung der Sonntagsöffnung zu wagen. Konkret schlagen wir vor, den vom Bundesverfassungsgericht bereits überprüften und als verfassungskonform angesehenen Sachgrund „öffentliches Interesse“ als neuen und einzigen Sachgrund in das hessische Ladenöffnungsgesetz aufzunehmen – selbst wenn dabei ein Restrisiko besteht, in der Anwendung mit neuen Schwierigkeiten konfrontiert zu werden. Im schlechtesten Fall wäre die Situation so, wie sie derzeit ist. Im besten Fall würden wieder Sonntagsöffnungen so möglich, wie sie im Jahr 2006, als das Hessische Ladenöffnungsgesetz verabschiedet wurde, gesellschaftlicher Konsens und Wille des Gesetzgebers waren.

lfd. Nr.	Kommune
1	Alsfeld
2	Bad Camberg
3	Bad Hersfeld
4	Bad Homburg v.d. Höhe
5	Bad Nauheim
6	Bad Schwalbach
7	Bad Soden am Taunus
8	Bad Soden-Salmünster
9	Bad Vilbel
10	Bad Wildungen
11	Bebra
12	Bensheim
13	Beselich
14	Biblis
15	Borken
16	Brechen
17	Bruchköbel
18	Büdingen
19	Darmstadt
20	Dietzenbach
21	Dillenburg
22	Ehringshausen
23	Einhausen
24	Elbtal
25	Eltville am Rhein
26	Erlensee
27	Eschborn
28	Eschenburg
29	Frankenberg (Eder)
30	Frankfurt am Main
31	Fürth (Hessen)
32	Gelnhausen
33	Gießen
34	Gladenbach
35	Griesheim
36	Gründau
37	Hammersbach
38	Hanau
39	Hasselroth
40	Herborn
41	Heringen
42	Hochheim am Main
43	Hohenahr
44	Hünfelden
45	Idstein
46	Korbach
47	Kronberg im Taunus
48	Langenselbold
49	Lauterbach (Hessen)

- 50 Leun
- 51 Limburg a.d. Lahn
- 52 Linsengericht
- 53 Lorch am Rhein
- 54 Main-Kinzig-Kreis
- 55 Maintal
- 56 Marktflecken Merenberg
- 57 Michelstadt
- 58 Mittenaar
- 59 Mühlheim
- 60 Münster (Hessen)
- 61 Neckarsteinach
- 62 Neuberg
- 63 Nidderau
- 64 Ober-Randstadt
- 65 Oberursel (Taunus)
- 66 Pfungstadt
- 67 Reichelsheim
- 68 Rodgau
- 69 Rotenburg a.d. Fulda
- 70 Schwalbach am Taunus
- 71 Seligenstadt
- 72 Selters
- 73 Sinntal
- 74 Stadtallendorf
- 75 Steinbach (Ts.)
- 76 Stockstadt
- 77 Sulzbach (Ts.)
- 78 Usingen
- 79 Viernheim
- 80 Villmar
- 81 Wächtersbach
- 82 Weilburg
- 83 Weilmünster
- 84 Weinbach
- 85 Weiterstadt
- 86 Wetzlar
- 87 Wiesbaden
- 88 Witzenhausen

- 89 Wirtschaftsrat Hessen
- 90 Hessischer Handwerkstag (HHT)
- 91 Hessischer Industrie- und Handelskammertag (HIHK)
- 92 Bundesverband City- und Stadtmarketing Deutschland(BCSD)
- 93 DEHOGA Hessen
- 94 Vereinigung der Hessischen Unternehmenverbände (VhU)
- 95 Handelsverband Hessen (EHV)
- 96 Hessischer Städte- und Gemeindebund (HGStB)

Unterzeichner	Funktion
Stephan Paule	Bürgermeister
Jens-Peter Vogel	Bürgermeister
Thomas Fehling	Bürgermeister
Alexander W. Hetjes	Oberbürgermeister
Klaus Kreß	Bürgermeister
Martin Hußmann	Bürgermeister
Dr. Frank Blasch	Bürgermeister
Dominik Brasch	Bürgermeister
Dr. Thomas Stöhr	Bürgermeister
Markus Boucsein	Bürgermeister
Uwe Hassl	Bürgermeister
Rolf Richter	Bürgermeister
Michael Franz	Bürgermeister
Felix Kusicka	Bürgermeister
Marcel Pritsch-Rehm	Bürgermeister
Frank Groos	Bürgermeister
Günter Maibach	Bürgermeister
Erich Spamer	Bürgermeister
Jochen Partsch	Oberbürgermeister
Jürgen Rogg	Bürgermeister
Michael Lotz	Bürgermeister
Jürgen Mock	Bürgermeister
Helmut Glatzner	Bürgermeister
Joachim Lehnert	Bürgermeister
Patrick Kunkel	Bürgermeister
Stefan Erb	Bürgermeister
Mathias Geiger	Bürgermeister
Götz Konrad	Bürgermeister
Rüdiger Heß	Bürgermeister
Markus Frank	Stadtrat
Volker Öhlenschläger	Bürgermeister
Daniel Christian Glöckner	Bürgermeister
Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin
Peter Kremer	Bürgermeister
Geza Krebs-Wetzel	Bürgermeister
Gerlad Helfrich	Bürgermeister
Michael Göllner	Bürgermeister
Claus Kaminsky	Oberbürgermeister
Matthias Pfeiffer	Bürgermeister
Katja Gronau	Bürgermeisterin
Daniel Illiev	Bürgermeister
Dirk Westedt	Bürgermeister
Armin Frink	Bürgermeister
Silvia Scheu-Menzer	Bürgermeisterin
Christian Herfurth	Bürgermeister
Klaus Friedrich	Bürgermeister
Klaus Temmen	Bürgermeister
Jörg Muth	Bürgermeister
Rainer-Hans Vollmöller	Bürgermeister

Björn Hartmann	Bürgermeister
Dr. Marius Hahn	Bürgermeister
Albert Ungermann	Bürgermeister
Jürgen Helbing	Bürgermeister
Thorsten Stolz	Landrat
Monika Böttcher	Bürgermeisterin
Oliver Jung	Bürgermeister
Stephan Kelbert	Bürgermeister
Markus Deusing	Bürgermeister
Daniel Tybussek	Bürgermeister
Gerald Frank	Bürgermeister
Herold Pfeifer	Bürgermeister
Iris Schröder	Bürgermeisterin
Gerhard Schultheiß	Bürgermeister
Werner Schuchmann	Bürgermeister
Hans-Georg Brum	Bürgermeister
Patrick Koch	Bürgermeister
Stefan Lopinsky	Bürgermeister
Jürgen Hoffmann	Bürgermeister
Christian Grunwald	Bürgermeister
Christiane Augsburg	Bürgermeisterin
Dr. Daniell Bastian	Bürgermeister
Bernd Hartmann	Bürgermeister
Carsten Ullrich	Bürgermeister
Christian Somogyi	Bürgermeister
Steffen Bonk	Bürgermeister
Thomas Raschel	Bürgermeister
Elmar Bociak	Bürgermeister
Steffen Wernard	Bürgermeister
Matthias Baaß	Bürgermeister
Matthias Rubröder	Bürgermeister
Andreas Weiher	Bürgermeister
Dr. Johannes Hanisch	Bürgermeister
Mario Koschel	Bürgermeister
Jörg Lösing	Bürgermeister
Ralf Möller	Bürgermeister
Manfred Wagner	Oberbürgermeister
Dr. Oliver Franz	Oberbürgermeister
Daniel Herz	Bürgermeister
Michael Dillmann	Landesgeschäftsführer
Bernd Ehinger	Präsident
Eberhard Flammer	Präsident
Anke Jansen	stv. Landessprecherin
Gerald Kink	Präsident
Dirk Pollert	Hauptgeschäftsführer
Jochen Ruths	Präsident
Karl-Christian Schelzke	Geschäftsführender Direktor